

KURZMELDUNGEN AUS ISRAEL

Die Zahlungen der palästinensischen Autonomie-Behörde an Terroristen wuchsen an auf 403 Millionen US-Dollar

Einer Meldung des Vorsitzenden des Auswärtigen- und Verteidigungsausschusses in der Knesset, Avi Dichter, zufolge hatte die palästinensische Autonomie-Behörde die Zuschüsse an die Familien palästinensischer Terroristen um 56 Millionen US-Dollar per annum erhöht. Die palästinensische Autonomie-Behörde beschäftigt bzw. dotiert sowohl lebende als auch tote Terroristen. Zu den Begünstigten gehören die Mörder der Fogel-Familie, wonach zwei Palästinenser fünf Familienangehörige in Itamar ermordeten einschließlich eines drei Monate alten Säuglings im Jahre 2011. Sämtliche Terroristen und Selbstmörder bezeichnet die Palästinenser-Behörde als „Helden“ (arab.: schachid). Im Jahre 2017 zahlte die Autonomie-Behörde insgesamt mehr als 347 Millionen US-Dollar an palästinensische Terroristen bzw. an deren Hinterbliebenen. Diejenigen, die Israelis töteten, erhalten fünfmal mehr Unterstützungsgelder als beispielsweise Steinwerfer. Eine Initiative namens „Taylor Force Act“ der Israelis soll nunmehr die Zuschüsse an die Palästinenser reduzieren. Die Gesetzesvorlage wurde mit 52 und 10 Gegenstimmen in der Knesset angenommen.

Die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel haben sich verschlechtert

Umfragen unter 700 Arabern und 700 Juden von Professor Sammy Smooha in Israel ergaben, daß die Hälfte der israelisch-arabischen Bevölkerung den Staat Israel ablehnen, obschon sie die Vorzüge des Staates, wie Sozialhilfe, Kranken- und Altersversorgung gern in Anspruch nehmen. Auch Juden zie-

hen es vor, in einer jüdischen Umgebung zu leben und können dem orientalischen Reiz einer arabischen Umgebung nichts abgewinnen. Diese Menschen sind laut, machen laute arabische Musik, die sich wie Katzenmusik anhört, werfen Unrat ins Treppenhaus, auch aus den Fenstern und vermüllen Parkplätze. Kurzum, sie sind nicht umzuerziehen und betrachten jedwede Kritik als Ablehnung ihrer Existenz. Selbst in der Nacht fahren sie Fahrrad ohne Licht und gegen die Einbahnstraßen – und dies selbst auf dem Bürgersteig. Sie fühlen sich als Herren im Lande und zeigen dies auch unverhohlen. 63,7 Prozent der jüdischen Israelis begeben sich nicht in arabische Wohnviertel, wie beispielsweise in Ost-Jerusalem, Jaffo, Haifa, Nazareth oder Akko. Geht man bei Schischa-Kneipen vorbei, riecht man den unangenehm süßlichen Geruch von Haschisch. Mafiöse Strukturen sind gerade in Jaffo zu Hause. Nachts sollte man besser zu Hause bleiben. Der Autor war einmal mit seinem Mietwagen in Jaffo liegengeblieben, bis plötzlich eine Zivilstreife vorbeikam. Die Beamten halfen mir dann, den Wagen wieder flott zu machen und empfahlen, sich nachts in einer solchen Gegend besser nicht blicken zu lassen. Es geht dabei auch nicht unbedingt um den „jüdischen Charakter“ Israels, sondern vielmehr um eine andere Mentalität und den Umgang mit Menschen anderer Kulturen. Meistens sitzen die Araber vor ihren Türen und spielen Backgammon; Zeit dazu haben sie genug, solange die Israelis für sie arbeiten. Da ich selbst eine arabische Familie als Nachbarn habe, weiß ich, wovon ich spreche.

Ex-syrischer General: Hisb-Allah hat chemische Waffen

Woher kamen all die chemischen Waffen, über die das Assad-

Regime verfügt? Antwort: Aus dem Irak des Saddam Hussein, der damit 5.000 Kurden liquidierte. Und dann tönte die Welt, daß die amerikanische Invasion im Irak eigentlich überflüssig war, nachdem Saddam Israel im Jahre 1991 während des Golf-Krieges mit SCUD-Raketen beschoß. Das ganze Arsenal an unkonventionellen Waffen wurde noch vor dem Einmarsch der Amerikaner nach Syrien transportiert. Dennoch gibt es unverbesserliche „Experten“, die behaupten, daß Saddam Hussein keine Massenvernichtungswaffen besessen hätte und somit die Invasion überflüssig gewesen wäre.

Inzwischen ist Giftgasmunition auch bei der „Hisb-Allah“-Milizarmee gelandet. Selbst der Iran hat Mittelstrecken-Raketen inzwischen mit chemischen Kampfstoffen in Syrien bestückt, erklärte der ehemalige syrische General Zuhair al-Saqit. Dabei erklärte er, daß auch die „Hisb-Allah“ des Scheichs Nasrallah über chemische Kampfstoffe verfüge, die das Assad-Regime an diese Milizarmee unerlaubterweise weitergegeben hat. Dies betonte Saqit bei einem Interview in Paris, daß die Lager der Chemiewaffen vor internationalen Inspektoren erfolgreich versteckt wurden. Teheran und selbst Nord-Korea sind ebenfalls Lieferanten von Chemiewaffen an das Regime Assads, auf dessen Territorium diese Waffen weiterentwickelt werden. Iranische Wissenschaftler, Techniker und militärisches Personal entwickeln Raketenköpfe mit einer Reichweite von 5 bis 35 Kilometern, die auf fahrbaren Stafetten installiert sind. Saqit ist nicht müde, die westeuropäischen Staaten dahingehend zu warnen, daß die Gefahr von chemischen Kampfstoffen keineswegs vom Tisch wäre. Saqit desertierte 2013 aus der syrischen Armee und setzte sich ins Ausland ab, weil er sich weigerte, chemische Kampfstoffe gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen.

Chlorgas ist ebenso gefährlich wie Sarin oder Senfgas, was im

Ersten Weltkrieg eingesetzt wurde. Aber Kampfstoffe mit tödlichem Gas gegen den Judenstaat eingesetzt, erinnert makaberweise an die Ermordung der sechs Millionen Juden während der unseligen Nazizeit.

Andere Staaten in Nahost wollen wegen der Gefahr aus dem Iran Uranium anreichern

Der Nahe und Mittlere Osten generieren zunehmend zu einem Pulverfaß von Atommächten, da auch andere Staaten der Region Nuklear-Waffen als ultima ratio gegenüber aggressiven Nachbarstaaten betrachten. Dabei war es das Bestreben des Atomsperr-Vertrages, den Kreis der weltweiten Atommächte möglichst klein zu halten. Ungeachtet dessen sind auch die Erzfeinde Indien und Pakistan Atommächte, die an ihrer atomaren Bewaffnung festhalten. Die konkrete Gefahr jedoch besteht, daß das kleine Israel mit dem Mittelmeer im Rücken durch eine konzertierte Aktion massiv angegriffen werden könnte und dann schon aus lauter Verzweiflung taktische Atomwaffen gegen die Invasoren einsetzen könnte.

Nationalfeindliche Ultraorthodoxe Juden gegen Israels Armee

Die Jerusalemer Polizei schnitt eine Puppe in israelischer Wehrmachtsuniform in Jerusalems ultraorthodoxem Wohnviertel „Measche'arim“ von einem Mast. Die Uniform war noch mit einer brennbaren Flüssigkeit getränkt und sollte angezündet werden. Verteidigungsminister Avigdor Liberman bezeichnete diesen Vorfall „schrecklich“! Seiner Meinung nach gehören die Täter hinter Gitter. Aber ob sich die politischen Führer der ultraorthodoxen Minorität im Parlament dazu bequemen werden, solche defätistischen Aktionen zu verwerfen, ist mehr als fraglich, denn der Feind Israels lebt unter dem Volk, das sich als „Volk Gottes“ ver-

steht. In der Chaim-Ozer Straße ebenfalls in Jerusalem entdeckte man kurze Zeit später eine erneute Puppe in israelischer Militäruniform. Mit einer schwarzen Kippa auf dem Kopf sollte damit angedeutet werden, daß ultraorthodoxe Juden in Israels Armee nichts zu suchen haben. Sie wollen ein Gesetz erzwingen, wonach das so genannte Talmud-Studium ein Ersatz für den obligaten Militärdienst sei, was der Verteidigungsminister strikt ablehnt.

In einem anderen Fall blockierte ein ultraorthodoxer Jude die Drehtür zur Musterung, so daß eine Soldatin darin eingesperrt war. Es sind die ultraorthodoxe „Torah-Judaismus-Partei“ der Aschkenasim und die sephardische „Schas“-Partei, die unbedingt das Einberufungsgesetz zum Militärdienst boykottieren wollen, weil sie es ablehnen, ihr Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Dies veranlaßte bereits Verteidigungsminister Liberman, mit dem Austritt seiner „Israel Beiteanu“-Partei aus Netanjahus Koalition zu drohen. Die Orthodoxen ihrerseits möchten eine Gesetzesvorlage zur Abstimmung bringen, wo in einem Grundgesetz die Talmudschüler sozusagen „lebenslang“ vom Militärdienst befreit sein sollen, so daß letztendlich Israels Verteidigungsarmee personell ausbluten würde. Auch

die Einwanderungsministerin Sofa Landver würde unter diesen Umständen aus der Regierung austreten. Dem machtbesessenen Premier Netanjahu geht es – wie der Frau Merkel – um den Machterhalt und würde ein solch skandalöses Gesetz mittragen. Für die Verabschiedung eines Grundgesetzes wären allerdings 61 Stimmen erforderlich, was wohl bei einer Abstimmung nicht zustande käme. Ausgerechnet ein Staat wie Israel, der unter ständiger militärischer Bedrohung steht, kann es sich nicht leisten, jedes Jahr auf Rekruten in einer Größenordnung von zwei Divisionen (40.000 Mann) zu verzichten. Ein solches Gesetz würde ferner dazu führen, daß sich Menschen als Ultraorthodoxe kostümieren, um sich vor dem Militärdienst zu drücken.



Ultraorthodoxe Juden schmähen israelischen Militärdienst